

**Es gilt das gesprochene Wort**  
**Haushaltsrede 2017 des CDU-Fraktionsvorsitzenden**  
**Bernd - Josef Schwane**  
**im Rat der Stadt Dorsten**  
**zur Haushaltsverabschiedung des Haushaltes 2017**  
**am 14. Dezember 2016**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben heute über den Haushalt 2017 und den Haushaltssanierungsplan bis 2021 zu entscheiden.

Am 25.11.2015 haben wir den Haushalt für 2016 verabschiedet. Er schloss mit einem Überschuss von ca. 100.000,00 EUR ab.

Schon im letzten Jahr plante die Kämmerei konservativ mit Überschüssen bis zum Jahr 2021, also bis zum Ablauf des Stärkungspaktgesetzes. Allerdings galt dies mit der Maßgabe, dass in der Zwischenzeit nicht außergewöhnliche Entwicklungen eintreten würden.

Die Kämmerei ging davon aus, dass bis Ende 2016 wahrscheinlich, wenn nichts Ungewöhnliches passiert, ein Überschuss von 300.000,00 EUR erzielt werden würde. Allerdings waren diese Planungen Makulatur in dem Moment, als die Eckdaten des Kreishaushaltes im September 2016 vorgelegt wurden. Die Kreisumlage ist gestiegen, weil der LWL seine Umlage drastisch erhöht hat. Begründet wurde dies mit gestiegenen Kosten bei den Leistungsgesetzen der Behindertenhilfe und u. a. der dortigen Fallsteigerung.

Es ist uns allen durch massiven politischen Druck auf allen Ebenen gelungen, den LWL zu bewegen, die Steigerung auf 17,4 Punkte zu reduzieren.

Der Kreistag hat für 2017 die Steigerung auf 17,3 Punkte begrenzt und die Differenz seiner Rücklage zu Gunsten der Städte ausgeglichen. Dies gilt aber nur für 2017.

Frage ist, wie wir die Zeit bis 2021 im Rahmen des Stärkungspaktes überwinden können. Der Kreis wird einen derartigen Ausgleich nicht noch einmal vornehmen können.

Hier sind kritische Anmerkungen gegenüber dem Umlageverband LWL angebracht:

Ich stelle fest, dass politische Gremien, sich sehr leicht damit tun Steuererhöhungen durchzusetzen, je weiter sie von den Bürgern entfernt sind. Es beginnt beim Kreis und setzt sich über die Umlageverbände, LWL und RVR fort.

Wenn Steuern und Abgaben erhöht werden, bekommen im Regelfall die Politiker die Prügel, die vor Ort Kontakt zu den Bürgern haben, nicht die Verwaltungsbeamten des LWL oder die dortigen Politiker, sondern wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kommunalpolitiker.

Wir haben versucht, über politische Kanäle, insbesondere auch durch ein Gespräch mit dem Kämmerer Herrn Dr. Lunemann, den LWL für die Probleme vor Ort zu sensibilisieren. Allerdings ist die Frage, ob dies nachhaltig gelungen ist.

Ich will an dieser Stelle nicht fordern, die Landschaftsverbände abzuschaffen. Ich denke, dieser Punkt ist zu früh. Allerdings meine ich schon, dass wir als Kommunalpolitiker über den Landtag versuchen müssen, den LWL zur Ausgabendisziplin zu zwingen. Es kann nicht sein, dass dort die Kosten immer weiter steigen - sicherlich durch Leistungsgesetze des Bundes und des Landes verursacht. Auf der anderen Seite werden diese Kosten einfach ungeprüft weitergereicht.

Die Frage ist auch, ob die LWL-Standards Bestand haben dürfen.

Es kommt nicht von ungefähr, dass z. B. der Landschaftsverband Rheinland wesentlich niedrigere Kosten hat als der Landschaftsverband Westfalen-Lippe.

Es ist Aufgabe der Landespolitiker dies zu hinterfragen.

Es kann auch nicht sein, dass auf der einen Seite der LWL Standards vorgibt und auf der anderen Seite als Anbieter sich dieser Standards in finanzieller Hinsicht bedient, weil er selber hieran verdient.

Wir müssen politischen Druck machen, um unseren Handlungsspielraum vor Ort im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger zu erhalten. Dafür sind wir gewählt. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass für die Jahre bis 2021 die Steigerungsraten der Umlagen moderat bleiben, so dass wir uns letztendlich im Rahmen des Stärkungspaktgesetzes in Zukunft einen gewissen Spielraum erhalten.

Insgesamt stelle ich fest, dass dieser Rat und die Verwaltung in den letzten Jahren einen guten Job gemacht haben. Allerdings warne ich davor, Begehrlichkeiten zu wecken, weil moderate Überschüsse bis 2021 erwirtschaftet werden, ja erwirtschaftet werden müssen.

Wenn ich bspw. höre, dass nun für die Einrichtung neuer Stellen in der Verwaltung Anträge gestellt werden, müssen sich die Kolleginnen und Kollegen der SPD, nicht nur von uns, sondern auch von den Bürgern dieser Stadt fragen lassen, wie das zu finanzieren ist. Es ist sicherlich nicht damit getan, damit zu argumentieren, dass sich diese Stellen langfristig rechnen. Stellenausweitungen sind nämlich kein punktueller Akt. Sie wirken sich über Jahrzehnte aus.

Stellenanhebungen würden dazu führen, dass der enge Handlungsspielraum unseres Haushaltes sich gegen Null bewegt. Was wird passieren, wenn ein unvorhergesehenes Ereignis eintritt, etwa weitere Steigung der Flüchtlingszahlen oder die Kosten des UVG, die kommen werden? Es ist schon ein Trauerspiel, was die Koalition in Berlin anstellt.

Dann müssen diese Kolleginnen und Kollegen auch den Mut haben, vor den Bürger zu unausweichlichen Steuererhöhungen zu stehen. Wir als CDU wollen unter allen Umständen Steuererhöhungen vermeiden. Strikte Ausgabendisziplin ist für uns Maßgabe.

Meine Damen und Herren von der SPD,

einen Deckungsvorschlag für die von Ihnen geforderten neuen Stellen habe ich bis heute nicht vernommen.

Ich räume allerdings ein, und dies habe ich im Hauptausschuss auch zum Ausdruck gebracht, dass die Schaffung von gewissen neuen Stellen durchaus Sinn macht.

Nur:

Sie müssen solide gegenfinanziert sein.

Die CDU-Fraktion hat sich am Wochenende noch einmal zusammengesetzt und den Komplex besprochen. Es bleibt zu überlegen, ob eine maßvolle Stellenanpassung seriös zu finanzieren ist.

Aus unserer Sicht kommt hier einzig und allein die Stelle im Tiefbaubereich in Frage; der Bedarf dort ist gegeben.

Die CDU-Fraktion kann sich die Finanzierung wie folgt vorstellen:

Nach dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung besteht für die Kommune die Möglichkeit, ab 2017 den Ausschussvorsitzenden eine erhöhte Aufwandsentschädigung zukommen zu lassen.

Dies macht auf Dorsten bezogen pro Jahr einen Betrag von 20.000,00 EUR aus. Wir haben festgestellt, dass die Verwaltung diesen Betrag schon in den vorgelegten Haushalt eingepreist hat. Dieses Geld könnte zur Finanzierung dieser Stelle herangezogen werden.

Der Restbetrag in Höhe von ca. 60.000,00 EUR wäre wie folgt darzustellen:

Dieser Betrag könnte aus dem allgemeinen Haushaltsansatz des ZGM genommen werden, der zurzeit bei 1.5 Mio. jährlich liegt.

Diese Entnahme würde sich durch die jährlich vorgesehene Steigung in Höhe von 1,5 % in den nächsten 3 Jahren wieder auf den alten Wert erhöhen. Diese Entnahme dürfte aus unserer Sicht nicht besonders ins Gewicht fallen, da uns bis 2020 im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes jährlich ca.6 Mio. EUR mehr zufließen werden, mithin ca. 1,5 - 2 Mio. EUR pro Jahr.

Zusammengefasst wäre dann die Stelle insgesamt finanziert.

Voraussetzung ist allerdings, dass der Rat die Hauptsatzung so ändern müsste, dass keine zusätzliche Aufwandsentschädigung für die Ausschussvorsitzenden zu zahlen ist.

Wir glauben, dass dieser Beitrag für die Kommunalpolitiker zumutbar ist. Es ist übrigens ein ganz starkes Zeichen an die Bürgerschaft, dass wir eine ungezügelterte Ausgabenerhöhung, auch wenn diese rechtlich möglich ist, nicht mitmachen.

Meine Damen und Herren,

wir müssen unsere Stadt durch finanzielle Konsolidierung zukunftsfest machen. Dies gilt auch im Hinblick auf die sog. weichen Standortvorteile.

Dorsten verfügt über eine sehr gut ausgebildete Schulinfrastruktur. In diesem Zusammenhang begrüßen wir ausdrücklich das Engagement verschiedener Lehrer, die ein Modell für die einzurichtende Sekundarschule entwickeln. Dieses Modell wird das Schulangebot erweitern und den Standort Dorsten als Wohnstandort verbessern.

Natürlich müssen wir auch weiter Arbeitsplätze in Dorsten schaffen. Hier sind wir auf einem sehr guten Weg - denken Sie an die Ansiedlung von Arvato. Wir müssen weiter am Ball bleiben, da kaum noch Industrieflächen zur Verfügung stehen. Auch die Gewerbeflächen sind endlich.

In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, dass mit vereinten Kräften daran gearbeitet wird, die Struktur von WINDOR im Sinne von Wirtschaftsförderung weiter zu verbessern.

Zu unseren Anträgen:

Diese Anträge verursachen Kosten, jedoch nur einmalig, weil sie Prüfaufträge sind.

Ich glaube, dass es Sinn macht, in Bezug auf das Gesundheitsmanagement und die städtische Entwicklung von Grünflächen, tätig zu werden.

Wir halten es für wichtig, den Investitionskostenstau bei städtischen Gebäuden, bei Straßen und Brücken zu berechnen. Uns ist klar, dass das nicht von heute auf morgen geht. Und - Es wird viele Millionen kosten. Wir brauchen einen Überblick. Welche Maßnahme kostet wie viel? Welche Schwerpunkte müssen wir setzen?

Wir dürfen nicht der nachwachsenden Generation eine marode Infrastruktur überlassen mit der Folge, dass dann unendlich hohe Kosten auf sie zukommen.

Wir halten es für sinnvoll, für Großprojekte den Verwaltungs- und Sachaufwand zu ermitteln.

Das Gleiche gilt für die Ermittlung von Wohn- und Gewerbeflächenbedarf. Nach Vorlage der Prüfungsergebnisse ist zu überlegen, ob sich hieraus evtl. ein erhöhter Personalbedarf ergibt und wieder zu finanzieren ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland unterliegt großen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen. - Ich sage Ihnen nichts Neues. Diese Veränderungen schlagen durch auf die kommunale Ebene. Unsere Stadt ist keine Insel der Seligen. Ich nenne als Beispiel die Flüchtlingsproblematik - eine große Herausforderung - eine Herkulesaufgabe.

In Gesprächen mit Bürgern stelle ich oft große Verunsicherungen fest:

Die Globalisierung, die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Integrationspolitik.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben das Vertrauen in die politischen Institutionen, in den Sozialstaat verloren. Sie zweifeln die Tragfähigkeit sozialer Netze an.

Normen und Werte verändern sich oder schwinden gänzlich. Viele Bürger sind enttäuscht, fühlen sich abgehängt.

Sie wenden sich Heilsbringern zu, die für schwierige Sachverhalte einfache Lösungen anbieten. Rechtspopulistische Parteien erstarben in Europa.

Aus Enttäuschung kann politische Macht werden - s. AFD -.

Meine Damen und Herren,

viele Menschen - auch bei uns - haben das Vertrauen auch in die etablierten Parteien verloren. Parteipolitische Arbeit wird oft unterschätzt, wenig geachtet.

Ich glaube, dass wir als Kommunalpolitiker gefordert sind.

Es hilft nicht zu sagen: "Berlin / oder Düsseldorf haben uns das eingebrockt und müssen sich kümmern."

Wir sind dazu da, den Bürgern komplexe Entscheidungen nahezubringen - auf welcher politischen Ebene sie auch immer gefällt werden. Wir müssen mit Ihnen diskutieren, sie anhören, ernst nehmen - einbinden - aber auch aktive Teilnahme am Gemeinschaftsleben von ihnen einfordern.

Politische Entscheidungen werden den Bürgern nicht immer gefallen. Und dann gibt es auch bei uns die sog. "Wutbürger", die politische Entscheidungen von "denen da oben" als Willkür empfinden.

Wir alle haben eine gemeinsame Verantwortung für die Funktionsfähigkeit unserer Stadt, für unsere Demokratie.

Meine Damen und Herren,

der Haushalt hat unmittelbar spürbare und sichtbare Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Er ist oft ein Spagat zwischen Wünschenswertem und Machbarem.

Packen wir es an!

An dieser Stelle danke ich den Mitarbeiterinnen der Verwaltung insbesondere dem Kämmerer für die auch in diesem Jahr wieder ausgezeichnet erbrachten Leistungen. Sie haben uns mit Rat und Tat und zur Erläuterung zur Verfügung gestanden, so dass letztendlich heute der Haupthaushalt verabschiedet werden kann.

Die CDU-Fraktion wird dem vorgelegten Haushalt und dem Haushaltssanierungsplan mit den entsprechenden Änderungen zustimmen.

Ich danke Ihnen!